

Rechter Terror

Kurz vor dem rassistischen Terroranschlag von Hanau lieh sich der Attentäter bei einem Händler eine Ceska – mit dieser Waffemarke mordete auch der NSU. Der 43-Jährige soll für das deutsche Neonazimagazin „Der Weiße Wolf“ gespendet haben, das sich bei der rechtsterroristischen Vereinigung in einem Vortrag im Jahr 2002 bedankte. Und auf seiner Website war ein weißer Wolf mit blauen Augen abgebildet, ein Symbol, das für das Prinzip des sogenannten führerlosen Widerstands steht, auf den sich der NSU bezog.

Vor zehn Jahren, am 4. November 2011, ist der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund aufgefliegen. Wer sich mit dem Anschlag von Hanau und dem NSU-Terror auseinandersetzt, stößt bei Einzelheiten, aber auch bei Entwicklungen und Hintergründen auf Parallelen. Benno Hafener, Erziehungswissenschaftler mit den Schwerpunkten Rechtsextremismus und Jugendkulturen, sagt: „In beiden Fällen haben die Täter:innen eine Schwelle übertreten. Sie haben nicht nur auf der Straße oder im Netz ihre Ansichten verbreitet, sondern gemordet, um die eigene Ideologie umzusetzen“. In den vergangenen Jahren geschah dies in Deutschland und anderen Ländern immer wieder; auch die rechtsradikalen Täter in Halle und am Olympia-Einkaufszentrum in München übertraten die Schwelle.

Die Ideologie des NSU und des Mörders von Hanau „trifft vor Hass, auf ‚das System‘, auf Politiker und besonders auf Menschen, die angeblich nicht dazugehören“, erklärt der Marburger Wissenschaftler, der Sachverständiger im hessischen NSU-Ausschuss war. „Es ist ein enges, völkisches Denken: Wer nicht zu uns gehört, muss weg.“ Hinzu komme, dass die Terrorist:innen das eigene Versagen im Leben politisierten und Schuldige dafür suchten. Der Hanauer Täter etwa hatte nie eine Freundin, keine Arbeit und lebte bei seinen Eltern.

Das gesellschaftliche Klima wurde von vielen geschaffen

„Beim NSU erfolgte die Radikalisierung in der rechtsextremen Clique in Thüringen, beim Attentäter von Hanau hingegen im Netz sowie im Elternhaus. Gerade der Vater prägte die Art, wie er die Welt deutete.“ Von Einzeltäter:innen könne keine Rede sein, sie seien alle auf ihre Art „vernetzt“ gewesen. Die Taten seien „durch ein entsprechendes gesellschaftliches Klima begünstigt“ worden, unter anderem durch „rassistische und antisemitische Metaphern, die vor dem Anschlag von Hanau auch von der AfD in den öffentlichen Diskurs einspeisten“, so Hafener. Der ver-

meintliche Einzeltäter fühlte sich dadurch „eingebunden, nicht isoliert – was ihm einen Radikalisierungsschub gab“.

„Menschen werden zu Zielscheiben gemacht, nur wegen ihrer Herkunft“, sagt Armin Kurtović, dessen 22-jähriger Sohn Hamza in Hanau ermordet wurde. Rassistische Hetze sei Nährboden für solche Anschläge. „Nach dem Grundgesetz sind doch alle Menschen gleich und die Würde ist unantastbar.“ Aber das gelte offenbar nicht für alle.

Der Rassismus zeige sich auch in Institutionen, zum Beispiel im Umgang mit den Betroffenen, beim NSU und in Hanau. „Warum wird mein blonder und blauäugiger Sohn in der Beschreibung seines Leichnams als orientalisches-türkisch bezeichnet? Warum bekamen Hinterbliebene und Überlebende nach den Taten Gefährdungsansprachen, wurden aber vor dem Vater des Attentäters, dem eigentlichen Gefährder, nicht gewarnt?“, fragt Kurtović.

Die Täter seien besser behandelt worden als die Opfer.

Weitere Parallelen sieht er im „Behördenversagen vor, während und nach den Taten“ und darin, dass es noch sehr viele offene Fragen gebe. „Auch der NSU wurde bis heute nicht aufgearbeitet, womöglich haben die Terroristen noch mehr Morde begangen. Einiges wurde offenbar vertuscht. Dass beim Verfassungsschutz Akten zum NSU vernichtet wurden, macht mich fassungslos.“ Beim NSU hätten die Sicherheitsbehörden ebenfalls Spuren nicht verfolgt. Ein Unterschied sei, dass die Thüringer Terroristen im Untergrund gelebt hätten, während der Täter von Hanau „den Kontakt zu den Behörden wiederholt suchte“, ihnen alarmierende Schreiben geschickt und eine Seite mit rechts-extremen Verschwörungstheorien ins Netz gestellt habe.

Bişenk Ergin ist Bildungsreferentin bei „BiLaN“, der Bildungsinitiative Lernen aus dem NSU-

Komplex, und in der Bildungsinitiative Ferhat Unvar, die nach dem ermordeten, 22-jährigen Hanauer benannt ist. Nach den Worten von Ergin zeigen die Morde des NSU sowie in Hanau „die Kontinuität von rassistischen und antisemitischen Anschlägen in Deutschland – für die das Bewusstsein nach wie vor fehlt. Sie werden nicht in Beziehung zueinander gesetzt, als Einzelfälle abgetan“. Auch im diesjährigen Bundestagswahlkampf habe das Thema so gut wie keine Rolle gespielt.

Es gibt auch einige positive Zeichen

Eine weitere Kontinuität: Sowohl beim NSU als auch im Fall von Hanau handele es sich um „einen ganzen Komplex, nicht um ein Trio beziehungsweise einen Einzeltäter. Sie waren in Strukturen eingebettet, die mitgewirkt haben“. Fortgesetzt habe sich zudem, dass „die Opfer und Über-

benden stigmatisiert und zum Teil kriminalisiert“ worden seien.

Positive Zeichen gebe es aber auch: „Der Anschlag von Hanau wurde relativ schnell als rassistisch eingestuft. Auch die Perspektive der Betroffenen war stärker sichtbar, besonders aufgrund einer guten Selbstorganisation und der Unterstützung durch antirassistische Aktivist:innen“, so Ergin. „Auch nach NSU-Morden oder Anschlägen haben die Hinterbliebenen und Überlebenden eine gute Selbstorganisation und der Unterstützung durch antirassistische Aktivist:innen“, so Ergin. „Auch nach NSU-Morden oder Anschlägen haben die Hinterbliebenen und Überlebenden eine gute Selbstorganisation und der Unterstützung durch antirassistische Aktivist:innen“, so Ergin. „Auch nach NSU-Morden oder Anschlägen haben die Hinterbliebenen und Überlebenden eine gute Selbstorganisation und der Unterstützung durch antirassistische Aktivist:innen“, so Ergin.

Serpil Temiz Unvar hat am 19. Februar 2020 ihren Sohn verloren. Daraufhin gründete sie die antirassistische Bildungsinitiative Ferhat Unvar und engagierte sich in der Initiative 19. Februar, in der sich Hinterbliebene und Unterstützer:innen zusammenschlossen. Es gibt auch Kontakte zu den Angehörigen der Opfer des NSU.

„Menschen als Zielscheiben“

Zwischen dem rassistischen Anschlag von Hanau und dem NSU-Terror erkennen betroffene Angehörige und Experten auffällige Parallelen, aber auch Unterschiede / Von Gregor Haschnik



Im März 2020 wurde am Marktplatz der Opfer des Hanauer Mordanschlags gedacht.

EFD

ANSCHLAG VON HANAU

Aus rassistischen Motiven ermordete ein 43-Jähriger am 19. Februar 2020 Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov. Dann tötete er seine Mutter und sich selbst. Obwohl er polizeibekannt und psychisch auffällig war, hatte er eine Waffenerlaubnis. Vor der Tat wandte er sich mehrfach mit verschwörungstheoretischen Schreiben an den Generalbundesanwalt und die Staatsanwaltschaft Hanau. Während der Attentate war der überlastete Notruf in Hanau zeitweise nicht erreichbar.

Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) räumte Engpässe beim Notruf ein, wies Kritik aber ansonsten zurück und lobte die Polizeiarbeit. Seit Sommer 2021 werden Notrufe aus Hanau zentral beim Polizeipräsidium Südothessen in Offenbach bearbeitet. Auch alle anderen Behörden wiesen Vorwürfe zurück. So hätten sich etwa aus den Anzeigen des Täters bei Staatsanwaltschaft und Generalbundesanwalt keine Hinweise auf strafbares Verhalten ergeben. Sie hätten kein Ermittlungsverfahren gerechtfertigt. Zum Anschlag werde sehr intensiv ermittelt.

„Wir haben uns organisiert, vernetzt und setzen uns mit ganzer Kraft für Aufklärung und Konsequenzen ein, sowie gegen Rassismus. Unsere Kinder sollen nicht umsonst gestorben sein“, sagt Temiz Unvar. Sie hätten gemeinsam schon einiges erreicht, etwa dass die Namen der Opfer bekannt seien, nicht vergessen würden und von rassistischen Taten Betroffene sichtbar seien.

Aber es sei eben ein langer Kampf, mit Rückschlägen. „Wie die Betroffenen beim NSU werden auch wir oft nicht ernst genommen, müssen kämpfen, etwa um eine lückenlose Aufarbeitung und einen Rechtsterrorismus-Opferfonds. Wenn wir es nicht intensiv tun, passiert wenig.“

Fehler würden nicht zugegeben

Temiz Unvar hat auch Tendenzen festgestellt, die ihr Hoffnung machen: „Es bewegt sich etwas in der Gesellschaft. Viele Menschen erklären sich solidarisch mit uns; die Politik nimmt uns etwas ernst. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist kurz nach dem Anschlag und zum Jahrestag nach Hanau gekommen und hat eine menschliche, gute Rede gehalten.“ Andererseits würden Fehler in Zusammenhang mit den Attentaten nicht zugegeben. Bislang seien kaum Konsequenzen gezogen worden, so Temiz Unvar.

In Hanau soll ein großes Mahnmal für die Opfer entstehen, auch ein Fortschritt. Doch um den Standort ist ein Konflikt entbrannt: Während sich die Familien eindeutig für den Marktplatz im Zentrum aussprechen – wo viele Hanauer:innen nach dem Anschlag Blumen und Kerzen am Grimm-Denkmal niederlegten –, favorisiert die Stadtpolitik klar den Kanalortplatz am Rand der Innenstadt, in der Nähe des ersten Tatorts und eines künftigen Zentrums für Demokratie und Vielfalt. Einige Politiker:innen und Bürger:innen mahnten eine „Rückkehr zur Normalität“ an und kritisierten, das Gedenken sei zu viel – ähnlich wie im Fall des NSU. Die Hanauer Angehörigen und ihre Unterstützer:innen seien zu fordernd und laut.

Bişenk Ergin widerspricht: „Das ist eine Scheindebatte, die vom Thema ablenkt. Einige Leute stören sich an Gedenkorten für die Getöteten, nicht aber daran, dass etwa Straßen nach Nazis oder Kolonialist:innen benannt sind. Dahinter steckt auch die Ansicht, dass Migrant:innen ruhig und dankbar zu sein haben.“

Das Mahnmal solle ermahnen, es gehöre auf den Marktplatz, nicht an den Rand, sagt Kurtović. Es „hieß es doch, die Opfer seien keine Fremden gewesen, sondern Hanauer Buben“.

Der unerfüllte Wunsch nach der Halitstraße

Was aus der Forderung der Familie Yozgat wurde, die Holländische Straße in Kassel nach ihrem vom NSU ermordeten Sohn zu benennen

VON JOACHIM F. TORNAU

Es gibt einen Ort in Kassel, da ist der Wunsch der Yozgats zumindest ein bisschen in Erfüllung gegangen. Fast zehn Jahre ist es her, dass İsmail Yozgat bei der zentralen Gedenkfeier für den Opfer des rechtsterroristischen NSU in Berlin erstmals zum Ausdruck brachte, was er seither als großen Wunsch seiner Familie regelmäßig wiederholt hat. Im Münchner NSU-Prozess hat er es gesagt, im Untersuchungsausschuss des Wiesbadener Landtags und natürlich bei den alljährlichen Gedenkveranstaltungen in seiner Heimatstadt: Die Holländische Straße in Kassel möge umbenannt werden – nach seinem Sohn Halit, der in dieser Straße geboren und gestorben ist. Erschossen am 6. April 2006 in seinem Internetcafé, im Alter von 21 Jahren, das neunte Mordopfer des NSU.

Doch die Holländische Straße, eine breite Ausfallstraße im Norden der Stadt, trägt nach wie vor ihren alten Namen. Im Haus mit der Nummer 82, in dem Halit Yozgat starb, residiert heute die Stadtmökerei, alles ist bunt und freundlich, nichts hier erinnert mehr an den Mord. Knapp hundert Meter weiter aber klebt auf einer Schaufensterscheibe ein Schriftzug: „... an der Halitstraße“ steht da, es ist der Name eines linken Infoladens und Veranstaltungsorts, der vor fünf Jahren gegründet wurde. Und der Versuch, den Umbenennungswunsch der Yozgats wenigstens symbolisch wahr werden zu lassen.

Mit der Namenswahl habe man die Eltern von Halit Yozgat unterstützen wollen, erklärt das Kollektiv, das den Laden betreibt: „Wir waren regelmäßig erschüttert, mit welcher Vehemenz die Kasseler Stadtpolitik, die Lokalpresse und viele Bewohner:innen Kassels sich gegen die Forderung von Ayşe und İsmail Yozgat geäußert haben, die Holländische Straße in Halitstraße umzubenennen.“

Die Erinnerung an Halit Yozgat als unkämpfetes Terrain? Im Rathaus will man davon nichts wissen. „Seitens der Stadt Kassel gab und gibt es keinen Konflikt um das Gedenken an die Ermordung des Kasseler Bürgers Halit Yozgat“, teilt ein Sprecher mit. Er verweist auf die gemeinsamen Gedenkveranstaltungen von Stadt und Familie auf dem Halitplatz – einer Fläche vor dem Eingang des Hauptfriedhofs, in Sichtweite des einstigen Internetcafés von Halit Yozgat, die bereits 2012 nach dem Kasseler NSU-Opfer be-



Nur im Infoladen heißt die Straße so.

annt wurde. Unscheinbar zwar, aber weil auch die angrenzende Straßenbahnhaltestelle nun den Namen „Halitplatz“ trägt, trotzdem nicht zu übersehen. Und er verweist auf den „Kasseler Demokratie-Impuls“ – eine im vergangenen Jahr erstmals vergebene Auszeichnung, mit der die Stadt die journalistische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus befördern will.

Das bedeutete aber nicht, sagt John, dass die Familie die weiteren Bemühungen der Stadt nicht würdigen könne. Als kürzlich der „Demokratie-Impuls“ verliehen wurde, waren die Yozgats im Rathaus dabei. Zu den Preisträger:innen gehörte da auch eine Kulturwissenschaftlerin, die dem von der Stadt gepflegten Bild der harmonischen Gedenkkultur einen kritischeren Blick entgegengesetzt. Andrea Horni hat analysiert, wie sich die Debatte um Halitstraße und Halitplatz in der Lokalpresse niedergeschlagen hat. „Statt sich erst einmal mit dem NSU-Komplex auseinanderzusetzen, wurde die Diskussion von Beginn an von einer Abwehrhaltung bestimmt“, sagt sie. Die Perspektiven von NSU-Opfern und migrantischer Community seien kaum vorgekommen, dafür zahlreiche Leserbriefe mit rassistischen Äußerungen abgedruckt worden. „Erinnerung“, sagt Horni, „braucht auch eine Veränderung im Denken.“

Mitunter wird durchaus heftig gestritten

Und da sei in Kassel offenbar noch viel Luft nach oben. Im Infoladen „... an der Halitstraße“ wurde derweil schon mehrfach der Aufkleber mit dem Namen abzukratzen versucht. Als dann in diesem Sommer sogar ein Pflasterstein durch die Fensterscheibe geflogen war, ermittelte die Polizei, ergebnislos allerdings. Ein politisches Motiv könne nicht ausgeschlossen werden, sagt ein Polizeisprecher. Konkrete Anhaltspunkte dafür hätten sich bislang aber nicht finden lassen.

RECHTER TERROR

VORSCHAU

Der nächste Schwerpunkt der FR-Serie zur Aufarbeitung des NSU-Terrors erscheint am Dienstag, 2. November. Er beschäftigt sich mit der Kontinuität des rechten Terrors in Deutschland. Alle Berichte auf: fr.de/nsu